

friedensarbeit

in der evangelischen Landeskirche in Württemberg



Rüstungskonversion - ein Anliegen der Kirche

In der Evangelischen Landeskirche in Württemberg ist eine Rüstungskonversionskommission eingerichtet worden. Württemberg bildet heute ein Zentrum für waffenproduzierende Industrie und Rüstungsgüterexport. Damit haben sich die Friedensbeauftragten und Beistände für KDV am 21. April 2009 in der „Birkacher Erklärung: Waffenexporte ächten“ befasst. Sie ist 2011 über die Teilnehmenden weitergegeben worden an die Internationale ökumenische Friedenskonvokation.

Als ein Ergebnis der löFK sind in Württemberg die Kommission Rüstungskonversion innerhalb der EAK sowie die vom Oberkirchenrat einberufene Kommission Rüstungskonversion entstanden.

In der Kommission des OKR sollen verschiedene Gesichtswinkel und Interessenvertreter repräsentiert sein, um eine breite Diskussion zu befördern.

Aus dem Inhalt

- Abkommen zum Waffenhandel (ATT)
- Landeskirchliche Grundsatzdiskussion zur Friedensethik
- Friedensbildung an Schulen
- Gerechter Friede statt Gerechter Krieg
- Gewaltloser Widerstand ist erfolgreicher als militärische Gewalt
- Wiederbesetzung im Friedenspfarramt
- „Friedensväter“ und „Friedensmütter“
- Fürbitten zum Thema Rüstungsexporte
- Paul Knapp: Pfarrer, Pazifist, Politiker

Herbstkonvent 24.11.2012

Der Herbstkonvent der Friedensbeauftragten und der Beistände für KDV ist geplant für Samstag, 24. November 2012 in Stuttgart. Er ist verbunden mit einem Studientag, der vom „Fortsetzungsausschuss Gewaltüberwinden“ zusammen mit der EAK vorbereitet wird. Er fokussiert auf zwei miteinander zusammenhängenden Themen „Friedenbildung an Schulen - Friedensbildung und Fremdenfeindlichkeit“.



Der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahms, referierte vor dem württembergischen Konvent am 16. April 2012 in Stuttgart über Arbeitsschwerpunkte und Strukturen der Friedensarbeit in der EKD. Ausführlich ging der Leitende Theologe der Bremischen Kirche auf die Diskussion zur „Schutzpflicht“, die „Responsibility to protect“ („R2P“) ein. Ein weiteres Schwerpunktthema bildete die Rüstungskonversion.





Für Renke Brahm ist die Tatsache, dass Deutschland der drittgrößte Waffenlieferant der Welt ist, ein Skandal.

Der Satz, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf, ist umzusetzen in wirkliche Kontrolle der Rüstungsexporte, in Rüstungskonversion und den Export von Know How in gewaltfreier Konfliktbearbeitung.

Fortsetzung von Seite 1:

In der Kommission des württembergischen OKR werden zunächst Erfolge und Misserfolge der Rüstungskonversion analysiert.

Eine kommende Sitzung der Kommission sollte sich damit befassen, wie eine Konversion konkret in einem Betrieb umgesetzt werden kann.

Politische Entscheidungsträger müssen auf verschiedenen Ebenen in die Diskussion einbezogen werden.

In die Waagschale sollte das wirtschaftliche Gewicht kirchlicher Finanzanlagen geworfen werden.

Vorbereitet wird schließlich eine Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Am Ende des Prozesses soll eine Empfehlung stehen.

Eine eigene EAK - Kommission verfolgt das Thema Rüstungskonversion. In der EAK wurden dazu mehrere Grundsatzpapiere ausgetauscht. Die Mitglieder der EAK-Kommission sind zugleich Mitglieder in der OKR-Kommission.

Von der Rüstungskonversionskommission des OKR wird etwas erhofft und erwartet. Sie darf – so Stimmen auf dem Konvent der Friedensbeauftragten - jedoch nicht zu einem Alibi für Untätigkeit in anderen Bereichen der Friedensarbeit werden.

Auf dem Konvent wurde als Fokus genannt, Rüstungsproduktion öffentlich zu machen und auf die damit verbundene Gewissensfrage zu verweisen.

Die Friedenskonferenz der EKD unterstützt die Bemühungen in einigen Landeskirchen zur Beförderung von Rüstungskonversion sowie die Beendigung von Rüstungsexport in der „Aufschrei-Kampagne“. Die Kampagne verlangt u.a. eine Klarstellung des Rüstungsexportverbotes des Grundgesetzes.

Friedenspfarramt: Neue Adresse nach zweitem Umzug

Zu Jahresbeginn musste das Pfarramt erneut umziehen, diesmal vom Hospitalhof in die Jägerstraße nördlich vom Hauptbahnhof. Die neue Adresse lautet Jägerstr. 14- 18, 70174 Stuttgart. Die übrigen Adressbestandteile bleiben unverändert. Der dritte Umzug ist für die Zeit nach der Fertigstellung des Hospitalhofes wieder in die Gymnasiumstrasse 36 2013 oder 2014 vorgesehen.

Kampagne des OeRK zum Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels (ATT)

Jeden Tag sterben 2.000 Menschen auf dieser Welt an den Folgen von Waffengewalt. Der unkontrollierte und unverantwortliche





Verkauf und Handel mit Kleinwaffen verursacht Leid und Armut. Zudem fördert die massive und schnelle Versorgung den Missbrauch von Waffen.

Das Fehlen von gemeinsam vereinbarten internationalen Standards für die grenzüberschreitende Weitergabe von Waffen trägt zu bewaffneten Konflikten, Vertreibung, organisierter Kriminalität und Terrorismus bei. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen legte 2010 den Grundstein für ein Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels (ATT). Im Juli 2012 sollen die Verhandlungen nun in einer Konferenz über dieses Abkommen gipfeln. Hier soll der Konsens über ein rechtsverbindliches Abkommen gesucht werden mit dem Ziel, allgemeine Vorschriften nach den höchstmöglichen Standards für den verantwortlichen Handel mit konventionellen Waffen festzulegen.

Der Einsatz für ein starkes ATT ist nötig, das menschliche Grundbedürfnisse wie Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Hilfe für Überlebende berücksichtigt und Kleinwaffen, Munition und Ersatzteile umfasst.

Die „Ökumenische Kampagne für ein starkes und effektives ATT“ arbeitet auf verschiedenen Ebenen.

Durch Lobbyarbeit bei den gewählten Vertretern und Regierungsmitgliedern sollen Kirchen deutlich machen, dass ein ATT eine humanitäre Notwendigkeit ist und dass die Regierungen ein starkes und wirkungsvolles Abkommen ratifizieren und in Kraft setzen müssen.

Der Konvent der württembergischen Friedensbeauftragten fasste am 17. April 2012 dazu einstimmig folgende Entschließung:

„Unterstützung der ATT „Arms Trade Treaty“ - Kampagne des OeRK

Gegenwärtig wird ein neuer internationaler Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty) ausgehandelt. Der Oekumenische Rat der Kirchen tritt mit einer Kampagne dafür ein, dass er umfänglich den Schutz der Zivilbevölkerung berücksichtigt. Das Abkommen muss alle Waffengattungen einschließlich Kleinwaffen, Munition und Komponenten umfassen. Die UN-Vertragskonferenz findet im Juli statt.

Der Konvent der Friedensbeauftragten und Beistände für KDV unterstützt die ATT-Kampagne des ÖRK. Er bittet die Kirchenleitung, diese Kampagne auch finanziell zu fördern, etwa durch einen Publikationszuschuss.“

Vorschlag für landeskirchliche Grundsatzdiskussion zur Friedensethik in Kirchenbezirken und Gemeinden

Pfr. i.R. Dr. Ullrich Lochmann, früher Akademiedirektor in Bad Herrenalb, stellte beim Konvent der württembergischen Friedensbeauftragten den Anstoß zu einem Diskussionsprozess in der badischen Nachbarkirche vor. Aufgrund einer Eingabe des Kirchenbezirks Breisgau-Hochschwarzwald berief die badische Kirchenleitung in Karlsruhe eine Arbeitsgruppe ein, die zwischen Januar und März 2012 den Entwurf eines Positionspapiers zur Friedensethik erstellte. Das Papier steht unter dem Motto „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79)“.

Angestrebt wird darin eine Neuorientierung der evangelischen Friedensethik entlang den biblischen Kernaussagen des christlichen Glaubens. Sie problematisiert dabei die „vorrangige Option für Gewaltfreiheit“, die den Einsatz militärischer Gewalt unter bestimm-





ten Bedingungen legitimiert. Angesichts der Erfahrung, dass in der Praxis die militärische Option z.B. in finanzieller Hinsicht deutlichen Vorrang genießt, wird gefragt, ob aus „christlicher Sicht nicht für die Gewaltfreiheit als einzige Option eingetreten werden müsste?“ Die Landessynode der evangelischen Landeskirche in Baden wird diese Frage im Frühjahr 2013 im Rahmen eines Studientages diskutieren und danach über die friedensethische Positionierung der badischen Landeskirche entscheiden. Voraussetzung dafür ist eine breite Diskussion in den Bezirkssynoden.

Das Positionspapier beginnt mit einer Situationsanalyse von militärischen Interventionen unter Beteiligung der Bundeswehr. Diese werden humanitär begründet. Die Ergebnisse dieser Interventionen zeigen, dass sie die menschenrechtliche Problematik nicht zu lösen vermögen, sondern eher noch verschärfen.

Weltweit ist zudem ein Ansteigen der Rüstungsausgaben zu beobachten, welches zu Lasten des sozialen und wirtschaftlichen und des ökologischen Fortschritts geht.

Das Positionspapier resumiert umfangreich biblische und theologische Einsichten. Es stellt fest: Eine gesamtbiblische Perspektive lässt keine theologische Rechtfertigung von Krieg zu. Dabei nimmt das Papier inhaltlich Bezug auf den ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden und das Begleitdokument des ÖRK.

Der „ökumenische Aufruf zum gerechten Frieden“ von 2011 stellt fest: „Jahrzehntelang haben die Kirchen mit ihrer Uneinigkeit in dieser Frage gekämpft; aber der Weg des gerechten Frieden zwingt uns jetzt, darüber hinaus zu gehen. Lediglich Krieg zu verurteilen, reicht jedoch nicht aus; wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um Gerechtigkeit und friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Nationen zu fördern. Der Weg des gerechten Friedens unterscheidet sich grundlegend vom Konzept des <gerechten Krieges> und umfasst viel mehr als den Schutz von Menschen vor ungerech-

tem Einsatz von Gewalt; außer Waffen zum Schweigen zu bringen, schließt er soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Sicherheit für alle Menschen ein.“ (Aufruf, Ziff.10)

Der Krieg muss endgültig geächtet werden. Er darf für Christen nicht mehr zu den Handlungsoptionen gehören. In der Nachfolge Jesu und der Aufnahme der Weisungen der Bergpredigt sind gewaltfreie Methoden die für Christen gebotene und politisch vernünftige Handlungsoption zur Verteidigung von Menschenrechten und zur Überwindung von Unrecht und Unterdrückung. In Situationen, in denen gewaltfreie Mittel nicht sofort zur Verfügung stehen oder nicht entwickelt werden konnten, lässt sich – so das Positionspapier – als kleineres Übel an den Einsatz internationaler Polizeikräfte denken, die eine schützende Funktion wahrnehmen und rechtsstaatliche Strukturen aufbauen helfen können.

Entschiebung zur Neupositionierung in der Friedensethik

Der Konvent der Friedensbeauftragten in der württembergischen Landeskirche fasste einstimmig folgende Entschiebung zur Neupositionierung in der Friedensethik:

„Der Konvent der Friedensbeauftragten und BeistandspfarrerInnen für KDV in Württemberg nimmt einen Bericht über den Entwurf für ein Papier zur Neupositionierung in der Friedensethik und einen Beratungsprozess darüber unter Einbeziehung der Kirchenbezirkssynoden in der Evangelischen Kirche in Baden zur Kenntnis.

Er unterstützt dieses Vorhaben.

Er spricht sich für die Übernahme von Prozess und Inhalt der badischen Neupositionierung in der Friedensethik für Württemberg aus.

Er beauftragt dazu die EAK mit weiteren Schritten.“





Friedensbildung an Schulen

Die Kooperationsvereinbarungen von Bundeswehr und Kultusministerien in mehreren Bundesländern haben auf ein Defizit in der Friedensbildung aufmerksam gemacht.

In der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium Baden-Württemberg und Bundeswehr vom Dezember 2009 heißt es zu den Auftritten der Bundeswehroffiziere an Schulen: "Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein." Das nimmt Bezug auf das Weißbuch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung. Wenn nun Jugendoffiziere über die Sicherung der Rohstoffzufuhr, der Handelswege und der Märkte reden dürfen, werden sie auch SchülerInnen weltweite Militäreinsätze plausibel machen wollen.

Im Grundgesetz ist gemäß Art. 26, Abs. 1 dergleichen freilich nicht vorgesehen, die Vorbereitung von militärischen Angriffshandlungen nicht gestattet. Das gleiche bekräftigt Artikel 2 des Einigungsvertrages von 1990 sowie der § 80 des Strafgesetzbuches. Ausnahmen bilden allenfalls UNO-mandatierte Einsätze.

In Baden-Württemberg waren laut dem veröffentlichten Jugendoffiziersbericht von 57 Lehrveranstaltungen an den staatlichen Seminaren für Lehrerbildung, die zwischen 2007 und 2010 von Jugendoffizieren mitgestaltet wurden, 36 Veranstaltungen Pflicht, also 63 %. Denen konnten sich die zukünftigen LehrerInnen nicht entziehen. Keiner anderen Institution wird ein solch privilegierter Zugang zur Lehrerbildung eingeräumt.

Zur Friedensbildung an Schulen werden gerne Erwägungen für eine eigene Kooperationsvereinbarung von Friedensbewegung und Kirchen diskutiert. Als Beispiel wird Rheinland-Pfalz genannt. Dort ist das Kultus-

ministerium mit einem solchen Vorschlag auf die Friedensbewegung zugekommen. Das ist eine einmalige Ausnahme.

In Baden-Württemberg ist es dagegen möglich, dass die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr durch einen Kabinettsbeschluss zurückgenommen wird. So haben wir es als Konvent der Friedensbeauftragten auch verlangt. Entsprechende Absichten haben Vertreter der beiden regierenden Koalitionsparteien vor der Wahl auch geäußert. Solange diese Option besteht, ist eine Forderung nach einer eigenen Kooperationsvereinbarung kontraproduktiv.

Wichtiger ist die Stärkung der Friedensbildung im Religionsunterricht und in kirchlichen Schulen.

So gilt es Friedensbildung zu stärken, ohne die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu legitimieren. Die Akzeptanz des Militärischen darf nicht durch eine „komplementäre“ Kooperationsvereinbarung gestärkt werden.

Ein schweigendes oder gar offen unterstützendes Hinnehmen der Militarisierung im Bildungswesen ist nicht Auftrag der Kirche. Die Friedensbeauftragten der württembergischen Landeskirche haben im November 2010 eine Entschliebung zur Friedensethik an Schulen gefasst mit Fokus auf gerechtem Frieden und in der ökumenischen Diskussion gewonnenem christlichen Verständnis von menschlicher Sicherheit und von Frieden.

Das Pfarramt tritt in der Folge dafür ein, Friedensbildung zu stärken, ohne die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu legitimieren. Die Akzeptanz des Militärischen darf nicht durch eine „komplementäre“ Kooperationsvereinbarung gestärkt werden. „Zivil statt militärisch“ bleibt das Ziel.





Gerechter Friede statt gerechter Krieg Ein Paradigmenwechsel

Ökumeneweit wird über den Wechsel des Paradigmas vom "gerechten Krieg" zum "gerechten Frieden" diskutiert. Stichworte sind die Konversion von Militär in Polizeikräfte mit entsprechendem Mandat statt Armeen, mit dem englischen Begriff „Just Policing“, und Konversion in der Rüstungsproduktion. Probleme liegen darin, dass die allseits konsensfähige vorrangige Option für Gewaltfreiheit für den Notfall den Einsatz militärischer Gewalt zulässt. Das kann zum Einfallstor für eine missbräuchlich verwendete Lehre vom Gerechten Krieg werden.



Die Friedenskonferenz der EKD will einen Kongress zur Rezeption der Leitidee des Gerechten Friedens befördern. Ein solcher Kongress mit Akademien, Vertretern aus Kirche und Zivilgesellschaft soll in zeitlicher Nähe zur Vollversammlung des ÖRK im Herbst 2013 stattfinden.

Seitens etlicher ökumenischer Initiativen und Bewegungen wird eine bundesweite ökumenische Versammlung 2014 angestrebt.

Gewaltfreie und konstruktiver Konfliktbearbeitung

Der siebte Grundkurs in gewaltfreier und konstruktiver Konfliktbearbeitung wurde nach halbjähriger Dauer im Februar mit der Zertifikatsvergabe abgeschlossen.

Zu einer Fortsetzung mit Intervisionsgesprächen hat sich mehr als die Hälfte des Kurses zusammengefunden.

Ein dreivierteljährlicher Aufbaukurs in Meditation findet bis Mitte Juni in Kooperation mit der Werkstatt für gewaltfreie Aktion in Baden statt.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Frieden in Karlsruhe wurde ein voll belegtes Fachseminar „Jugendliche werden Friedensstifter“ veranstaltet.

Wissenschaftliche Untersuchung: Gewaltloser Widerstand ist erfolgreicher als militärische Gewalt

Die jüngsten Ereignisse in Tunesien und teilweise in Ägypten werfen erneut die Frage auf, was Widerstandsbewegungen gegen unterdrückerische Regierungen erfolgreich macht und was ihnen schadet? Dieser Frage gingen die Politikwissenschaftlerinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan nach. Sie untersuchten 323 Aufstände zwischen 1900 und 2006 und kamen zu dem Ergebnis, dass die Hälfte der gewaltlosen Rebellionen erfolgreich waren, aber nur ein Viertel der gewalttätigen.

Dass gewaltfreie Aufstände viel eher erfolgversprechend sind, erklären sie zum einen damit, dass die Gewaltlosigkeit zu höherer Legitimität und somit zu viel breiterer Unterstützung in der Bevölkerung führt. Das würde die Fläche, über die Druck auf das Regime ausgeübt werden kann, erhöhen, außerdem lässt es sich viel leichter an Demonstrationen





teilnehmen als bewaffnet in den Kampf zu ziehen, da man nicht seinen Job aufgeben, seine Familie verlassen oder jemanden töten müsse. Zum anderen legitimiert gewalttätiger Widerstand auch gewalttätige Niederschlagung. Die gewalttätige Niederschlagung eines friedlichen Aufstands hingegen untergräbt die Autorität des Regimes weiter. Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden in dem Buch *Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict* veröffentlicht. (New York: Columbia University Press, 2011). Lesenswert.

Gewissensbildung und Kriegsdienstverweigerung

Nach wie vor gibt es Anfragen von Soldaten auf Begleitung eines KDV-Verfahrens.

Von Bedeutung ist ein kürzliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das auch Sanitätssoldaten das Recht auf einen Antrag auf KDV zubilligt.

Die Anzahl der Verweigerungsanträge von Soldaten ist bundesweit gestiegen. Im Jahr 2011 sind insgesamt 1398 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer von Soldaten beim BAFzA eingegangen.

Davon sind 406 von Soldaten auf Zeit und vier von Berufssoldaten gestellt worden. 83,76 % der Antragstellenden wurden als Kriegsdienstverweigerer anerkannt.

Gegenüber dem Jahr 2010 hat die Anzahl der KDV-Anträge von Zeit- und Berufssoldaten zugenommen.

Die Anzahl der Offiziere und Unteroffiziere, die einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben, stieg bundesweit von 15 im Jahr 2006 auf 181 im Jahr 2011. Seit dem Beginn des Afghanistaneinsatzes im Jahr 2001 haben insgesamt 593 Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr den Kriegsdienst verweigert.

Neu in die EAK gewählt

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Friedensarbeit, KDV und ZDL in Württemberg wurde beim Herbstkonvent neu gewählt. Ihr gehören nun an: Pfr. Gerhard Bergius, Pfr. Friedemann Bresch (Vorsitzender), KRin Dorothee Godel (von Amts wegen), Pfr. Bernd Burgmaier, H. Wolfgang Hinz-Rommel (von Amts wegen), Dr. Eberhard Müller, Pfr. Ulrich Pfandler, Pfr. Reinhard Schmid, Pfr. Ulrich Schmittenner (von Amts wegen), Dekan Martin Seitz (stv. Vorsitzender), Diakonin Silke Waibel (von Amts wegen) und Pfr. Tilman Wilborn. Herzlichen Dank für die Bereitschaft zur Mitarbeit und das Engagement.

Wiederbesetzung im Pfarramt für Friedensarbeit

Nach der Verabschiedung von Pfr. Schmittenner in den Ruhestand ist eine erneute Ausschreibung der Stelle zur Wiederbesetzung am 15. September 2012 in „Arbeit und Besinnung“ vorgesehen. Der Amtsantritt eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin mit einem dann 50%igen Auftrag ist im Spätherbst zu erwarten.

Das Pfarramt für Friedensarbeit befindet sich in einer Umbauphase. Nach der Stellenkürzung um 50% wird die Hoffnung geäußert, dass eine Wiederaufstockung evtl. mit dem Zusatzschwerpunkt „Friedensethik an Schulen“ erfolgen kann. Einen Zahlenschlüssel mit 2 Stellen für jede Million Kirchenmitglieder in einer Landeskirche hält ein vom Friedensbeauftragten der EKD mitunterzeichnetes Papier für erforderlich.





Freiwillige Friedensdienste

Seit über zehn Jahren ist das Pfarramt Entsendeorganisation für Stellen u.a. in der ökumenischen Kommunität von Taizé.

Diese Stellen sollen nach Möglichkeit umgewandelt werden aus der Rechtsform des Anderen Dienstes im Ausland (hier gibt es keinen Kindergeldanspruch mehr) in den Internationalen Jugendfreiwilligendienst, der umfangreich geregelt ist und finanziell unterstützt wird. Zielsetzung ist nach wie vor der weitere Aufbau von Freiwilligendiensten in der Friedensarbeit.



Die Texte nehmen Bezug auf die biblische Friedenstradition. Sie sind geeignet für Kurzandachten und Impulse bei Zusammenkünften von Gruppen, bei Sitzungen oder in Gottesdiensten. Die Kunstkarten können als passende Präsente dienen für Mitarbeitende und Ehrenamtliche in der Gemeinde. Sie sind im B 6-Format für einen begrenzten Einführungszeitraum noch zu einem Unkostenbeitrag von einem Euro pro Stück zu beziehen.

Gewaltüberwinden Fortsetzungsausschuss

Nach dem Ende der Tätigkeit des Dekadausschuss wurde von einer Anzahl von VertreterInnen kirchlicher Einrichtungen der Wunsch geäußert, die erreichte Vernetzung auch weiter zu ermöglichen. In der Folge führt ein „Fortsetzungsausschuss Gewaltüberwinden“ als Kommission der EAK das Anliegen weiter. Er konzentriert sich ggw. auf einen Studientag am Samstag, den 24. November 2012 in Kooperation mit dem Herbstkonvent der Friedensbeauftragten. Als Themensetzung ist vorgesehen „Friedensbildung und Fremdenfeindlichkeit“.

„Friedensväter“ und „Friedensmütter“ – Eine neue Kunstkartenserie

Kirche soll „Kirche des Friedens“ werden. In der Evangelischen Landeskirche in Württemberg gibt es eine bemerkenswerte Tradition dazu. Sie wird repräsentiert von Einzelnen und von Gruppen.

Den Weg für einen dauerhaften und gerechten Frieden wollte eine ganze Reihe von evangelischen Einzelpersonlichkeiten ebnen.





Fürbitten zum Thema „Rüstungsexporte“

Vorschläge für Gottesdienste am Ende des Kirchenjahrs

Damit das Thema „Rüstungsexporte“ ins Bewusstsein der Gemeinde rückt, soll an den 6 Sonntagen vor dem Ewigkeitssonntag (also ab dem 19. nach Trinitatis und Bußtag) ein Element des Gottesdienstes darauf Bezug nehmen. Liturgisch am ehesten geeignet dafür ist das Fürbittengebet.

Deshalb folgender Vorschlag:

Ablauf:

- ...
- Lied nach der Predigt
- Fürbittengebet:

Gott der Gerechtigkeit und des Friedens! Du hast uns aufgetragen, Frieden zu stiften und Gewalt zu überwinden, Jesus Christus, auf seinem gewaltlosen Weg zum gerechten Frieden nachzufolgen. Gib uns die Kraft und die Hoffnung, die aus dem Glauben kommt, zu bezeugen, dass du ein Gott des Lebens bist, der uns Menschen Würde und Ebenbildlichkeit geschenkt hast. Schenke uns den langen Atem und die beharrliche Geduld des Glaubens. Lasse uns nicht gleichgültig werden, sondern nach Friedensschritten der Solidarität suchen.

- Einzelfürbitte (1-7 s.u.)

- Vers: Herr, gib uns deinen Frieden (EG 436)
Schenk uns Weisheit, schenk uns Mut (EG 635) oder ähnlich

- Allgemeines Fürbittengebet
- ...

Einzelfürbitten: 19. n.Trinitatis / 14.10.

Sprecher 1: Von 1997 bis 2010 stieg die jährliche Ausfuhr von Kriegswaffen aus Deutschland um 200 %. 2010 wurde Kriegsggerät im Wert von 2,6 Milliarden US-Dollar exportiert. Damit liegt Deutschland weltweit auf Platz drei der Waffenexporteure.

Sprecher 2: Gott, Freund des Lebens, wir beklagen, dass unser Wohlstand erkaufte ist mit Tod und Elend anderer Menschen. Wir bekennen, dass auch wir mitschuldig werden durch unser Wegsehen. Wir bitten um offene Augen und Herzen für die Not der Opfer und um den Mut, die erkannte Wahrheit auch öffentlich zu vertreten.

20. nach Trinitatis / 21.10.

Sprecher 1: Über eine halbe Million Menschen werden jährlich durch bewaffnete Gewalt getötet; so der Bericht der „Genfer Erklärung zu bewaffneter Gewalt und Entwicklung“. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen kriegerischer, politischer, krimineller und zwischenmenschlicher Gewalt immer mehr.

(Quelle: Oekumenischer Informationsdienst Nr. 98)

Sprecher 2: Gott, Freund des Lebens, wir beklagen den gewaltsamen Tod so vieler Menschen. Wir bekennen, dass auch unser Land hinein verwickelt ist in diese weltweite Eskalation der Gewalt. Wir bitten um Erfolg für alle Bemühungen um eine wirksame Kontrolle und Eindämmung von allen Arten des Waffenhandels.

21. nach Trinitatis / 28.10.

Sprecher 1: Deutsche Rüstungsfirmen bedrängen die Regierung, Rüstungsexporte zu erleichtern und ihre Geschäfte politisch wie finanziell zu unterstützen. Rüstungsgeschäfte werden durch staatliche Ausfallbürgschaften





abgesichert. So wird das unternehmerische Risiko abgenommen und der Rüstungshandel indirekt gefördert.

Sprecher 2: Gott der Gerechtigkeit und des Friedens!

Wir beten dafür, dass die politischen Kräfte gestärkt werden, die sich für einen Stopp der Rüstungsexporte einsetzen. Wir bitten, dass Rüstungsunternehmen umgewandelt werden in Firmen, die lebensdienliche Produkte herstellen.

22. nach Trinitatis / 4.11.

Sprecher 1: Kriegsschiffe aus Deutschland sollen nach Angola geliefert werden, in ein Land, das trotz seines Reichtums an Rohstoffen zu den ärmsten Entwicklungsländern der Welt gehört. Es wird von einem repressiven Regime regiert und ist in Grenzkonflikte verstrickt. Ebenso werden auch Rüstungsgüter verkauft in die am wenigsten entwickelten Länder Afghanistan, Somalia, Sudan und Osttimor.

Sprecher 2: Gott der Gerechtigkeit und des Friedens!

Wir bitten, dass unter uns die Einsicht wächst, dass wir in unserem reichen Land uns stärker engagieren für eine gerechte Entwicklung anstatt Entwicklungsländer nach strategischen und militärischen Überlegungen aufzurüsten.

Drittletzte Sonntag d. Kirchenjahrs / 11.11.

Sprecher 1: Deutschland gehört weltweit zu den großen Exporteuren von kleineren und leichten Waffen. Waffen der Firmen Rheinmetall, Carl Walther und Heckler und Koch, Oberndorf tauchen weltweit in Gewaltkonflikten und Kriegen auf, z.B. in Georgien, in Mexiko und im Bürgerkrieg in Libyen. Sie werden auch in Länder exportiert, in denen die Menschenrechte verletzt werden, z.B. Saudi Arabien, Arabische Emirate, Irak und Ägypten.

Sprecher 2: Gott der Gerechtigkeit und des Friedens!

Gib uns die Kraft, für die Menschenrechte und das Leben unserer geringsten Brüder einzutreten. Lass uns dem rücksichtslosen Streben nach Profit widerstehen. Nimm die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und schenke Phantasie für lebensdienliche Arbeit.

Vorletzter Sonntag d. Kirchenjahrs / 18.11.

Sprecher 1: Aus Deutschland werden U-Boote nach Griechenland und Portugal verkauft. Beide Länder sind hochverschuldet. Diese Verschuldung lässt immer mehr Menschen in die Armut versinken. Dazuhin besteht der Verdacht, dass in beiden Fällen auch Korruption im Spiel ist.

Sprecher 2: Gott der Gerechtigkeit und des Friedens!

Dein Wort lehrt uns, die Welt aus der Sicht der Armen und der Opfer zu sehen. Lass uns nicht abstumpfen, sondern beharrlich anprangern, dass der Verkauf von Rüstungsgütern in diese Länder auf Kosten der Armen und sozial Schwachen geht.

Buß- und Betttag / 21.11.

Sprecher 1: Es gibt die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“. Sie wird von kirchlichen Werken, Friedensinitiativen und christlichen Gruppen getragen. Ziel dieser Kampagne ist, den Waffenexport durch eine Grundgesetzänderung generell zu verbieten.

Sprecher 2: Gott der Gerechtigkeit und des Friedens!

Wir bitten für diese Initiative, dass sie in den christlichen Gemeinden Unterstützung findet, als Zeichen dafür, dass Christen in der Nachfolge des Friedefürsten sich für einen gerechten Frieden einsetzen.

Theologische Kommission der EAK mit Gerhard Schubert, Friedhelm Vöhringer, Harald Wagner





Paul Knapp (1879 – 1953) – Pfarrer, Pazifist, Politiker

Der evangelische Pfarrer Paul Knapp aus Atzenweiler bei Ravensburg gründet unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg die Deutsche Friedenspartei (DFP), mit der er an den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung und zur Nationalversammlung im Januar 1919 teilnimmt.



Die Partei, von der er angesichts der schrecklichen Erfahrungen des Krieges überzeugt ist, dass Tausende auf ihre Gründung gewartet haben, erhält jedoch lediglich jeweils um die 4000 Stimmen.

Noch während des Krieges tritt er mit seinem Ruf an die Christen, den er am 30. Juni 1917 in mehreren Zeitungen veröffentlicht, an die Öffentlichkeit:

Die Stunde ist gekommen, da auch die Kirche sich nicht länger der Werbearbeit für den Frieden entziehen kann und darf im Blick auf die Not aller Länder.

Kaiser und Reich haben Frieden angeboten. Der Papst ist schon lange für den Frieden tätig. In Stockholm wollen die Sozialdemokraten dem Frieden dienen. Millionen und Abermillionen sehnen sich nach Frieden.

Wo sind die Christen?

Allerorten, selbst an höchsten Stellen, spricht man vom Wahnsinn der Menschenschlächtere. Die Verlustziffern spotten jeder Beschreibung. Dem Hunger fallen in den verschiedenen Ländern, zunächst indirekt, wer weiß wie viele zum Opfer. Materialistische Gesinnung und Erbitterung jeder Art steigt. Anfechtung, Unglaube und Verzweiflung erschüttern und zerstören tiefstes Leben.

Wo sind die Christen?

Knapp entstammt einer weit verzweigten württembergischen Familie. Er war ein Enkel von Albert Knapp (1798 – 1864), dem bekannten Gesangbuchliederdichter und Herausgeber des Evangelischen Liederschatzes (1837). Sein Vater Gotthold Knapp (1848 – 1908) war Dekan in Ravensburg. Ein Patenonkel Paul Knapps war Christof Blumhardt. Paul Knapp studiert, nachdem er die Seminare Blaubeuren und Maulbronn durchlaufen hat, in Tübingen Theologie und Philologie. Er wird ein kritischer Theologe, der sich im Dienst der Wahrhaftigkeit und der Aufklärung sieht.

Nach Abschluss seiner Viakariatszeit (1902 – 1911) wird Knapp Pfarrer in Atzenweiler, wo er bis zu seiner Pensionierung 1949 bleibt. Bereits 1912 äußert sich Knapp öffentlich in einem Heft seiner kleinen Schriftenreihe „Theologie und Ethik der Tatsachen“, die er von 1912 bis 1919 herausgibt, pazifistisch. Unter dem entsetzlichen Schrecken des Krieges, den er kurze Zeit unmittelbar als Sanitäter in einem Lazarett miterlebt, wird er noch überzeugter: (...) der Krieg mit seinen 1000 Schlacht – feldern u. seiner gen Himmel schreienden Grausamkeit, mit seinem Meer von Blut & Leid hat den glühenden Pazifisten vollends aus mir gemacht, der ich bin, schreibt er im Mai 1917 in einem Brief an das Konsistorium, seine oberste Kirchenbehörde.

Er formuliert ein 11. Gebot: Du sollst keinen Krieg führen, sondern Frieden halten und nennt das Schlachtfeld öffentlich nicht Feld der Ehre, sondern Feld der Schande. Die Kriegsbetstunden und Dankgottesdienste für errungene Siege bezeichnet er als Gotteslästerung. Seine theologische Überzeugung ließ es nicht zu, Gott auf die Seite des Krieges ziehen zu lassen. Er gründet am 16. Dezember 1918 die Deutsche Friedenspartei mit dem programmatischen Wahlspruch: Völkerfriede! Volkesfriede! Seelenfriede!





Zum Programm der Deutschen Friedenspartei

Das außenpolitische Ziel der DFP ist der Völkerfriede. Auf drei Wegen versucht die Deutsche Friedenspartei die Versöhnung zwischen den Völkern und somit den weltumspannenden Frieden zu erreichen: Durch Abrüstung, durch ein internationales Schiedsgericht, das die Konflikte zwischen verschiedenen Ländern friedlich löst, und durch die Einsetzung einer Staatenföderation, eines Völkerbunds. Das innenpolitische Ziel der DFP heißt Volkesfriede. Volkesfriede ist die logische Konsequenz aus dem Völkerfrieden und seine notwendige Voraussetzung: Außenpazifismus fordert mit absoluter logischer und moralischer Konsequenz Innenpazifismus. Das innenpolitische Programm zielt auf Versöhnung durch die Überwindung von Gegensätzen und soziale Gerechtigkeit.

Der dritte Programmpunkt der DFP heißt Seelenfriede. Knapp erstrebt mit der DFP eine Religion wahrer Menschlichkeit, die jede Religion, die Kriege erlaubt oder nicht bekämpft, verdammt.

Durch sein Eintreten für die päpstliche Friedensnote während des Krieges (im Jahr des Reformationsjubiläums 1917!) und seiner Annäherung an die Sozialdemokraten ist Knapp ein Grenzgänger. Die Kirchenleitung steht seinem öffentlichen politischen Wirken kritisch gegenüber. Ein öffentlicher Fall Knapp wird zwar vermieden, aber ihm wird nahegelegt, seinem Amt zu entsagen, weil sein Auftreten dem Evangelium Christi widerspreche. Interessanterweise war ein Gegenspieler Knapps der damalige Ravensburger Stadtpfarrer Theophil Wurm. In einem KGR-Protokoll vom Dezember 1918 heißt es: „St-Pfr Wurm äußert sich dahin, das Infame sei, daß jedes Auftreten [Knapps; d. Verf.] gegen die vom KGRat u den hiesigen Pfarrern erstrebte Sammlung gehe mit nicht ganz lauter Absichten.“ Wurm selbst kandidierte für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

und wurde auch in die Landesversammlung gewählt.

Die Deutsche Friedenspartei besteht nur ungefähr ein Jahr, obwohl sich auch vier Ortsgruppen (Ravensburg -Weingarten, Tübingen, Stuttgart, Sigmaringen) gebildet hatten. Knapps Vorhaben, der Sache des Friedens politisches Gewicht zu geben und die Pazifisten in einer Partei zu sammeln, ist nicht gelungen.

Als Politiker war Paul Knapp gescheitert. Seine politischen Ziele bleiben aber auch nach fast 100 Jahren aktuell: Abrüstung, Völkerbund, internationales Schiedsgericht, soziale Gerechtigkeit, pflichtmäßiges Eintreten für die sozial Schwächsten, Gewissensfreiheit, um nur einige Punkte aus dem Programm der Friedenspartei zu nennen, bleiben Aufgaben ernst gemeinter (Friedens-)Politik.

Der Tübinger Rhetorikprofessor Walter Jens hat Knapps politische Prämisse einmal so beschrieben: Man müsse alles, was geschieht, aus der Perspektive von unten sehen, aus der Sicht derer, die man zu Objekten der Macht erniedrigte. „Unter diesem Aspekt ist die Geschichte der Friedensbewegung, in der Paul Knapp ein besonderer Platz zukommt, neu zu lesen.“

Pfr. Stephan Glaser, Eningen u.A.

Impressum Newsletter Friedensarbeit

Pfarramt für Friedensarbeit,
KDV und ZDL

Pfr. Ulrich Schmitthener
Jägerstr. 14-18

70174 Stuttgart

Tel: 0711/2068-299

Fax: 0711/2068-344

E-Mail: frieden@elk-wue.de

Internet: www.frieden-schaffen.de

